



**Niederschrift der Sitzung des Schulausschusses
am Montag, 20.11.2017 von 18:00 bis 19:37 Uhr
Ort: Kleiner Sitzungssaal, Rathaus am Stadtpark**

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Wilhelm Bohnstengel	SPD	
--------------------------	-----	--

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Melanie Buhr	SPD	
Frau Silke Diekhaus	CDU	
Frau Renate Geuter	SPD	Vertreterin für Eike Baran
Herr Karl-Heinz Krone	CDU	Vertreter für Marlies Preuth
Herr Hubert Schrand	SPD	
Herr Gerd Stratmann	CDU	
Herr Andreas Taming	FDP	
Frau Marianne von Garrel	CDU	
Herr Matthias Wallschlag	CDU	
Herr Tobias Bögershausen	Lehrervertreter	
Herr Linus Grave	Stellv. Schülervertreter	
Frau Katrin Hardenberg	Elternvertreterin	
Herr Christoph Böhmann	CDU	
Frau Heike de Buhr	SPD	

Beratende Mitglieder

Herr Helmut Strey	Beirat für Menschen mit Beeinträchtigungen	
-------------------	--	--

Verwaltung

Frau Heidrun Hamjediers	Erste Stadträtin	
Frau Marina Meemken		
Herr Berthold Meyer		
Herr Sven Stratmann	Bürgermeister	
Herr Karsten Vahl	Kämmerer	

Abwesend:

stellv. Vorsitzende/r

Herr Eike Baran	SPD	
-----------------	-----	--

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Marlies Preuth	CDU	
---------------------	-----	--

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Wilhelm Bohnstengel eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Schulausschusses, die zahlreichen Zuhörer, die Vertreter der Presse sowie die Mitglieder der Verwaltung.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Daraufhin stellt der Ausschussvorsitzende die fristgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen festgestellt.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die vorhergegangene Sitzung (öffentlicher Teil)

Die Niederschrift wird bei 4 Enthaltungen genehmigt.

TOP 5 Bericht der Verwaltung

Die Erste Stadträtin Heidrun Hamjediers berichtet von einem Schreiben des Schulleiters der Heinrich-von-Oytha-Schule, welches den Ratsmitgliedern heute zugegangen ist.

Weiterhin informiert sie über das Schulleitertreffen am 09.11.2017. Hier hat ein guter Austausch zu den Themen Schulentwicklungsplanung, Schuleinzugsbereiche und Schulsekretärinnen stattgefunden. Einig waren sich die Gesprächsteilnehmer darüber, dass viele Punkte in der Schulentwicklungsplanung nicht nachvollziehbar sind. Deshalb haben sich die Schulleitungen der Grundschulen Gedanken gemacht und ein eigenes Raumprogramm entwickelt. Der Realschulrektor hat ebenfalls ein Raumportfolio erstellt. Der Schulleiter der Oberschule wird ebenso Überlegungen zu einem Raumkonzept anstellen. Diese Daten sollen ebenfalls dem Gutachterbüro zur Verfügung gestellt werden. Sobald ein stimmiges Gesamtkonzept vorliegt, werden der Stadtelternrat und der Schulausschuss beteiligt.

Frau Hamjediers führt weiter aus, dass die Satzung der Schuleinzugsbereiche in Bearbeitung ist. Hier wird auch der Stadtelternrat ins Verfahren eingebunden.

Die Erste Stadträtin berichtet, dass seitens des Landes Niedersachsen Fördermittel für Schulsanierungen in Aussicht gestellt wurden. Ein Gesetzesentwurf für die sog. KIP II – Mittel, nach dem die Stadt Friesoythe rund 478.000,00 € erhält, liegt bereits vor. Die Regierungsbildung und ggf. Umsetzung des Entwurfs bleibt abzuwarten. Frau Hamjediers erklärt, dass die Mittel für veranschlagte und nicht für neue Maßnahmen eingesetzt werden sollen.

Weiterhin berichtet sie, dass die Verwaltung eine Umfrage zum Hortangebot in der Kath. Grundschule Neuscharrel durchgeführt hat. Rückmeldungen können noch bis zum 6. Dezember abgegeben werden.

TOP 6 Mitteilungen

TOP 6.1 Elternbefragung Bekenntnisgebundenheit Gerbert-Schule (katholisch) Vorlage: MV/288/2017

Die Erste Stadträtin berichtet, dass vor knapp zwei Jahren die Umfragen in den Bekenntnisschulen durchgeführt wurden. Die Mehrheit der Eltern hat sich für eine Umwandlung entschieden. Nur die Grundschulen Gerbert-Schule und Neuscharrel haben den Status einer Bekenntnisschule behalten. Frau Hamjediers ist zunächst davon ausgegangen, dass die zwei-Jahresfrist ab dem Datum der Abstimmung zu laufen beginnt. Die Landesschulbehörde hat nun mitgeteilt, dass die Frist erst nach Ablauf des Schuljahres beginnt, d.h. eine erneute Befragung erst im Schuljahr 2018/2019 möglich ist. Da jedoch nun die Initiative aus der Elternschaft kommt, hat die Landesschulbehörde erneut geprüft und festgestellt, dass mit einem Antrag, der von 10 % der Eltern unterstützt wird, eine erneute Befragung auch in diesem Schuljahr möglich ist. Die Abstimmung erfolgt Anfang 2018. Die Erste Stadträtin rechnet mit einer positiven Entscheidung, so dass der Stadtrat im Frühjahr voraussichtlich über die Umwandlung entscheiden kann. Darauf aufbauend kann die Satzung über die Schuleinzugsbereiche vorbereitet werden.

TOP 6.2 Schuleinzugsbereiche für die Stadt Friesoythe Vorlage: MV/294/2017

Anhand einer Powerpoint-Präsentation erklärt die Erste Stadträtin Heidrun Hamjediers eine mögliche Satzung für Schuleinzugsbereiche in Friesoythe. Der Anfang November neu konstituierte Stadtelternrat und die Schulleitungen sollen diese Informationen ebenfalls erhalten und ins Verfah-

ren eingebunden werden. Da einzelne Ortsteile nicht per Satzung definiert sind, muss bei den Schuleinzugsbereichen klar beschrieben werden, welche Bereiche der jeweiligen Schule zugeordnet werden.

Ratsfrau Renate Geuter ist verwundert darüber, dass keine Ortsteile definiert sind, da diese auch bei den Kommunalwahlen zur Bildung der Wahlbezirke benutzt werden. Ebenfalls wurden die Ortsvorsteher entsprechend bestellt.

Die Erste Stadträtin erklärt, dass Ortschaften beschrieben sind (ehemalige selbstständige Gemeinden), einzelne Ortsteile daraus aber nicht hervorgehen. Sollten diese einzeln definiert werden, sind ebenfalls Änderungen im Personenstandswesen erforderlich.

Ratsherr Karl-Heinz Krone regt an, dass in Stadtkarten die Ortsteile dargestellt werden. Frau Hamjediers erwidert, dass diese aber nicht in einer Satzung beschlossen worden sind.

Die Erste Stadträtin erläutert weiter, dass der Ratsbeschluss aus 1969 für die Einteilung der Grundschulen im Stadtgebiet Friesoythe auf Straßenlisten und einer undeutlichen Karte basiert. Die Listen sind wenig hilfreich, da durch Neubaugebiete eine stetige Änderung erfolgen müsste. Einfacher wären Gebiete bzw. Ortsteile zu beschreiben. Denkbar ist auch die Festlegung von grenzüberschneidenden Schuleinzugsbereichen, insbesondere in der Stadt Friesoythe, da es bereits jetzt Gebiete mit Überschneidungen gibt.

Protokollhinweis: Die Landesschulbehörde hat mitgeteilt, dass es nur möglich ist, einen gesamten grenzüberschneidenden Schuleinzugsbereich festzulegen.

Ratsherr Karl-Heinz Krone erkundigt sich nach dem Ratsbeschluss aus 1969 und fragt, ob demnach Schulgrenzen vorliegen.

Bürgermeister Sven Stratmann antwortet, dass der Beschluss vor der Gebietsreform gefasst wurde und damit nicht das heutige Friesoythe abbildet. Darüber hinaus ist die Festlegung der Schulbezirke in einer Satzung erforderlich.

Frau Hamjediers erklärt weiter, dass in der Satzung ebenfalls die Bereiche für die Ganztagschulen aufgenommen werden sollten. Für die Grundschulen Hohefeld und Edewechterdamm (ohne Ganztagsangebot) schlägt die Erste Stadträtin vor, die Gerbert-Schule und die Grundschule Kamppe als jeweils zuständige Ganztagschule zu benennen.

Die Grundschule Gehlenberg ist zuständig für die Ortschaften Gehlenberg, Neuvrees und Neuscharrel. Die Grundschule Neuscharrel ist als katholische Einrichtung als Angebotsschule zu sehen.

Frau Hamjediers erklärt weiter, dass für die Grundschule Mittelsten-Thüle neben den Ortsteilen Mittelsten-Thüle, Vordersten-Thüle und Thülsfelde Anfragen für die Kinder aus Augustendorf oder Pehmertange gestellt wurden. Nach Geburtenregister werden dort jedoch nur jährlich 1,5 bzw. 1,1 Kinder geboren.

Die Kath. Grundschule Neuscharrel ist grundsätzlich für alle SchülerInnen offen, die eine katholische Schule besuchen möchten. Hier ist nur die 30 % - Quote der nicht-katholischen Kinder zu berücksichtigen.

Die Erste Stadträtin teilt mit, dass es eine Übergangsperiode geben muss, so dass die SchülerInnen, die derzeit schon die Schule besuchen, keinen Wechsel vornehmen müssen. Die Schulbezirke werden für die zukünftigen SchülerInnen festgelegt.

Ratsherr Gerd Stratmann teilt mit, dass er nach Auskunft des Ortsvorstehers ebenfalls von einer gewünschten Umwandlung der Grundschule Neuscharrel gehört hat.

Die Erste Stadträtin berichtet, dass im letzten Gespräch mit Eltern und Schulleitung in Neuscharrel kein Hinweis zu einer erneuten Abstimmung gegeben wurde.

Ratsherr Karl-Heinz Krone hat ebenfalls von dem Wunsch einer erneuten Abstimmung gehört und bittet die Verwaltung, an die Schule heranzutreten.

Ratsfrau Renate Geuter führt aus, dass die Eltern der Grundschule den Antrag stellen müssen. Die Schuleinzugsbereiche sind nachhaltig entsprechend der Ergebnisse festzulegen.

Frau Hamjediers erklärt, dass die Festlegung der Schuleinzugsbereiche mit den Schulleitungen besprochen wurde. Die Vorgehensweise zur Schließung der Grundschule Neuvrees halten die Schulleitungen für sehr ungünstig. Es ist schwierig, wenn ein Fortbestand der Schule von einer Schulleitung abhängt. Die Schulleitungen haben gemeinschaftlich erklärt, dass der Unterricht an einer viertelzügigen Schule nicht leistbar ist. Sie haben den Wunsch nach einer Positionierung der Stadt Friesoythe, um auch zukunftssicher planen zu können. Die Landesschulbehörde hat eindeutig mitgeteilt, dass für kleine Schulen keine zusätzlichen Lehrerstunden bereitgestellt werden. Die Satzung über die Schuleinzugsbereiche ist jedoch davon unabhängig zu sehen.

Ratsherr Gerd Stratmann hebt die, im Schulentwicklungsplan erwähnte Effektivität der kleinen Schulstandorte hervor, diese ist sehr positiv zu bewerten. Er kann nicht nachvollziehen, warum diese Thematik im Zusammenhang mit Schuleinzugsbereichen angesprochen wird. Die Festlegung der Bezirke sollte keine Diskussionsgrundlage für mögliche Schulschließungen sein.

Protokollhinweis:

Zur förmlichen Festlegung der Ortsteile wurde der frühere Fachbereichsleiter 2, Herr Walter Beckmann befragt, in dessen Zuständigkeitsbereich diese Aufgabe gefallen wäre. Dieser erklärte, dass die Stadt Friesoythe keine förmliche Festlegung der Ortsteile vorgenommen hat.

**TOP 6.3 Antrag der SPD-Fraktion: Raumbedarf bei der Heinrich-von-Oytha-Schule
Vorlage: MV/305/2017**

Ratsfrau Renate Geuter erläutert zum Antrag der SPD-Fraktion, dass bereits häufiger der Raumbedarf der Heinrich-von-Oytha-Schule diskutiert wurde. Die SPD bittet nun darum konkret zu prüfen, ob der vorhandene Raumbestand der Gerbert-Schule für die Oberschule ausreicht. Gleichzeitig soll ein Neubau für die Grundschule geprüft werden.

Ratsherr Karl-Heinz Krone stellt fest, dass sich die Fraktionen einig sind, dass an der Oberschule etwas passieren muss; daher unterstützt die CDU/FDP-Fraktion den Antrag.

Ratsherr Christoph Böhmann erörtert, dass der Antrag mit einem Grundschulneubau die Folgerung zulasse, dass die Grundschule Hohefeld geschlossen werden soll. Grundsätzlich ist er gegen Schulschließungen und erklärt die Schließung der Grundschule Neuvrees aus seiner Sicht als Negativbeispiel.

Ratsfrau Renate Geuter stellt klar, dass andere Einrichtungen von diesem Antrag vollkommen unabhängig zu sehen sind. Hier soll nur über den zukünftigen Weg für die Gerbert-Schule und die Heinrich-von-Oytha-Schule diskutiert werden. Über den Fortbestand der Grundschule Hohefeld soll nicht „durch die Hintertür“ entschieden werden.

Herr Tobias Bögershausen regt an, dass jetzt schon Überlegungen für das kommende Schuljahr an der Heinrich-von-Oytha-Schule gemacht werden müssen, um von Containerlösung nicht weiter fortführen zu müssen.

Erste Stadträtin Heidrun Hamjediers stimmt dem Lehrervertreter grundsätzlich zu. Es wird nur schwer möglich sein, neue Räume zum nächsten Schuljahr zu schaffen. Sollte ein Anbau im nächsten Jahr realisiert werden, ist das Investitionsprogramm abzuändern. Die Nutzung anderer Gebäude in Altenoythe ist derzeit nicht absehbar.

Ratsherr Karl-Heinz Krone erklärt, dass die Situation an der Heinrich-von-Oytha-Schule nicht durch „reden“ verbessert werden kann. Die Schülerzahlen liegen vor, Container sind keine Lösung. Unter

Bezugnahme auf das Schreiben des Schulleiters der Heinrich-von-Oytha-Schule regt er die Einrichtung eines Arbeitskreises an.

Bürgermeister Sven Stratmann erläutert, dass die Situation an der Heinrich-von-Oytha-Schule bekannt und unbefriedigend ist. Die Containerlösung ist nicht ideal, aber zum nächsten Schuljahr können voraussichtlich keine anderen Lösungen gefunden werden. Grundsätzlich wurden in Abstimmung mit der Politik zwei Schwerpunkte festgelegt: Ludgeri-Schule mit Realschule sowie Kindertagesstättenneubau und danach Heinrich-von-Oytha-Schule. Diese sind nun abzuarbeiten. Priorität hatte zunächst die Raumsituation an der Ludgeri-Schule. Sollte noch Leerstand in Altenoythe bekannt sein, der für Klassenräume genutzt werden könnte, bittet der Bürgermeister um Mitteilung.

Die Erste Stadträtin hat den Eindruck, dass der Vorwurf im Raum steht, dass nicht genug für die Oberschule getan werde. Aufgrund der schlechten Haushaltslage können nicht alle Projekte gleichzeitig abgewickelt werden. Sollte bei der Heinrich-von-Oytha-Schule etwas gebaut werden, sind andere Investitionen zurückzustellen. Der Wunsch der Schulgemeinde (Petition) war es eine Mensa und keine Klassenräume zu bauen. Außerdem ist es nicht möglich, von heute auf morgen neue Räume zu schaffen.

Bürgermeister Sven Stratmann ergänzt, dass neben der finanziellen Lage, auch die Umsetzbarkeit beachtet werden muss. Das Bauamt muss die Projekte auch abarbeiten können. Er erklärt, dass die Prioritäten gut gesetzt wurden, zumal nun die Kindertagesstättenbeiträge abgeschafft werden sollen.

Ratsherr Karl-Heinz Krone erkundigt sich nach dem Caritas-Verein, der ebenfalls Räumlichkeiten in der Gerbert-Schule in Anspruch nimmt. Die Erste Stadträtin antwortet, dass Anfang nächsten Jahres Gespräche mit dem Caritas-Verein zur weiteren Nutzung geführt werden sollen.

Bereichsleiter Berthold Meyer ergänzt, dass es einen Vertrag mit dem Caritas-Verein gibt. Der Verein zahlt eine Miete zur Nutzung der Räumlichkeiten und hat teilweise Umbauarbeiten vorgenommen. Hierfür sind nach Auskunft von Herrn Meyer keine Rückzahlungen mehr zu leisten.

Auf den Vorschlag von Ratsherr Hubert Schrand nun direkt einen Arbeitskreis zu gründen, findet die Antwort von Ratsfrau Renate Geuter, dies zunächst im Verwaltungsausschuss bzw. in den Fraktionen zu beraten, Zustimmung.

TOP 7 Fortsetzung der Schulsozialarbeit ab 2018 **Vorlage: BV/245/2017**

Die Erste Stadträtin bittet darum, erneut Mittel zur Fortführung der Schulsozialarbeit bereitzustellen. Der Beschlussvorschlag wurde der geplanten Beschlussfassung des Landkreises Cloppenburg angepasst. Das Land Niedersachsen wird voraussichtlich in den nächsten Jahren weitere Mittel und Stellen zur Verfügung stellen.

Ratsherr Christoph Böhmann setzt sich ebenfalls dafür ein, die Schulsozialarbeit fortzuführen. Er erkundigt sich nach der Beschlussfassung aus dem letzten Jahr, nach der der Bedarf für die einzelnen Schulen festgestellt werden sollte.

Frau Hamjediers erklärt, dass die Anzahl der Integrationskinder ermittelt wurde, es aber, insbesondere für die kleinen Grundschulen, sehr schwierig ist, den Bedarf zu ermitteln.

Ratsfrau Renate Geuter ergänzt, dass das Land mit den Kommunalen Spitzenverbänden in einer Vereinbarung ausgehandelt hat, bis 2020 zusätzliche Sozialarbeiterstellen zu schaffen.

Auf die Frage des Ratsherrn Matthias Wallschlag warum die Ansätze im Vergleich zum letzten Jahr geringer sind, erklärt Bereichsleiterin Marina Meemken, dass im letzten Jahr noch die Aufsto-

ckung einer Sozialarbeiterstelle an der Heinrich-von-Oytha-Schule mit kalkuliert wurde. Diese Kosten wurden nun doch vom Land übernommen, so dass sie im kommenden Jahr nicht mehr berücksichtigt wurden.

Folgender Beschlussvorschlag wird dem Verwaltungsausschuss einstimmig empfohlen:

Die Stadt Friesoythe unterstützt die Schulsozialarbeit in den Jahren 2018-2020 weiter. Die Stadt beteiligt sich weiterhin an der Finanzierung einer Sozialarbeiterstelle, vorausgesetzt der Landkreis Cloppenburg stellt ebenfalls wieder Mittel zur Verfügung. Außerdem werden die Mittel für Aufführungen von Theaterstücken an den Grundschulen („Natürlich bin ich stark“ und „Mein Körper gehört mir“) eingesetzt. Die Mittel zur Finanzierung der Stelle und der Aufführungen werden in den Haushaltsjahren 2018-2020 bereitgestellt.

Sollte das Land Niedersachsen weitere Mittel bzw. weiteres Personal für die Schulsozialarbeit zur Verfügung stellen, werden die Zuschüsse entsprechend gekürzt.

**TOP 8 Sanierungsarbeiten an der Gerbert-Schule Altenoythe
Vorlage: BV/247/2017**

Bereichsleiter Karsten Vahl erklärt, dass für den Haushalt 2018 55.000,00 € für die Flachdachsanierung der Gerbert-Schule und 2.000,00 € (investiv) für die Anschaffung einer Holzhütte für Spielgeräte geplant sind.

Ratsherr Karl-Heinz Krone erkundigt sich nach den häufig sanierungsbedürftigen Flachdächern und fragt an, ob es nicht sinnvoller ist, Dachbinderkonstruktionen mit Solaranlagen zu bauen.

Bereichsleiter Berthold Meyer erklärt, dass aufgrund des Alters der Gebäude fraglich ist, ob die Statik für andere Dachkonstruktionen ausreicht. Er gibt zu bedenken, dass große Teile des Flachdachs bereits saniert wurden. Da die Dächer energetisch nicht mehr standardgemäß sind, sollte die Maßnahme fortgesetzt werden.

Ratsherr Wilhelm Bohnstengel ergänzt, dass die Flachdächer heutzutage besser sind, als vor einigen Jahren.

Bereichsleiter Berthold Meyer pflichtet dem bei und erklärt, dass die Materialien weiterentwickelt werden, so dass die Abdeckungen länger halten.

Ratsherr Gerd Stratmann fragt an, ob aufgrund des Raumproblems eine Aufstockung der Gebäude denkbar ist.

Bereichsleiter Berthold Meyer erklärt, dass die Schule in den 1960-er Jahren vom Landkreis gebaut wurde und weder dort noch bei der Stadt Unterlagen vorliegen. Eine Aufstockung müsste daher mit sehr viel Aufwand technisch geprüft werden. Lediglich die Aufstockung der Mensa ist mittel- bzw. langfristig denkbar.

Der Schulausschuss empfiehlt einstimmig folgende Beschlussfassung:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Flachdach der Grundschule Gerbert-Schule Altenoythe zu sanieren. Dafür werden 55.000,00 € im Haushalt 2018 bereitgestellt.

Um die Pausenspiele zu verstauen, wird eine kleine Holzhütte angeschafft. Dafür werden im Haushalt 2018 Mittel in Höhe von 2.000,00 € bereitgestellt.

**TOP 9 Sanierungsmaßnahmen an der Grundschule Kampe
Vorlage: BV/248/2017**

Bereichsleiter Berthold Meyer erklärt, dass das Gebäude der Grundschule Kampe in die Jahre gekommen ist. Die Klassen sollten instandgesetzt werden. Die Ausstattung ist teilweise 40 Jahre alt. Nun ist für 2018 vorgesehen, die Akustikdecken, Beleuchtung, elektrischen Anlagen und Bodenbeläge zu erneuern.

Ratsherr Karl-Heinz Krone stimmt seinem Vorredner zu, dass nach 40 Jahren saniert werden sollte.

Dem Verwaltungsausschuss wird einstimmig folgender Beschluss durch den Schulausschuss vorgeschlagen:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Sanierung von zwei Klassenräumen und angrenzenden Flur in der Grundschule Kampe in den Sommerferien 2018 durchzuführen. Entsprechende Haushaltsmittel werden im nächsten Jahr in Höhe von 38.000,00 € bereitgestellt.

**TOP 10 Sanierungsmaßnahmen an der Grundschule Gehlenberg
Vorlage: BV/249/2017**

Bereichsleiter Berthold Meyer berichtet, dass die Stadt regelmäßig versucht Heizungen auszutauschen, um die Funktionsfähigkeit zu erhalten. Die genannte Heizung in Gehlenberg stammt mittlerweile aus dem Jahr 1982. Durch den Austausch der Anlage ist mit Energieeinsparungen zu rechnen. Herr Meyer erklärt weiter, dass ein zweiter Fluchtweg über eine Stahlaußentreppe geschaffen werden soll. Diese ist zwar in der Baugenehmigung nicht erforderlich, soll aber aufgrund der höheren Nutzung des Obergeschosses installiert werden.

Ratsfrau Renate Geuter erklärt, dass eine Außentreppe architektonisch nicht schön ist, aber aus Sicherheitsgründen, um mögliche Unfallsituationen auszuschließen, installiert werden sollte.

Ausschussvorsitzender Wilhelm Bohnstengel erkundigt sich nach der Beurteilung des GUV. Herr Meyer bestätigt, dass die Treppe auf Anregung des GUV angebaut werden soll.

Ratsherr Andreas Tameling fragt an, ob der Beirat für Menschen mit Beeinträchtigungen bei diesem Vorhaben beteiligt war.

Bereichsleiter Berthold Meyer erklärt, dass bei Umbauten in Bestandsgebäuden der Beirat meistens nicht beteiligt wird. Bei Neubauten werde der Beirat für Menschen mit Beeinträchtigungen regelmäßig zu Rate gezogen.

Herr Helmut Strey bestätigt die Aussage und fragt sich, ob alle SchülerInnen diesen Fluchtweg nutzen können und ob an der Grundschule Gehlenberg SchülerInnen mit Einschränkungen beschult werden.

Berthold Meyer führt aus, dass die Anforderungen einer inklusiven Beschulung oftmals in Bestandsgebäuden nicht umgesetzt werden können.

Ratsfrau Silke Diekhaus und Ratsherr Hubert Schrand berichten, dass derzeit keine Kinder mit Gehbeeinträchtigungen an der Grundschule Gehlenberg unterrichtet werden. Lösungen werden im Einzelfall gefunden.

Der Schulausschuss schlägt dem Verwaltungsausschuss einstimmig folgende Beschlussfassung vor:

Die Verwaltung wird beauftragt den Heizkessel im ehemaligen Schulleitergebäude zu erneuern und einen zweiten Fluchtweg über eine Stahlaußentreppe zu schaffen. Für diese Maßnahmen werden im Haushalt 2018 insgesamt 32.000,00 € bereitgestellt.

TOP 11 Schaffung von zusätzlichen Parkplätzen an der Grundschule am Markatal
Vorlage: BV/250/2017

Bereichsleiter Berthold Meyer erklärt, dass es an der Grundschule am Markatal zu wenige Parkplätze gibt. Vorgeschlagen wird nun 6 zusätzliche Parkbuchten an der Straße zum Friedhof zu schaffen.

Ratsherr Christoph Böhmann sieht diesen Vorschlag positiv. Die Verkehrssituation im Bereich der Schule und des Kindergartens ist erschreckend und nicht tragbar. Dies soll auch Thema in der nächsten Verkehrskommission sein.

Ratsfrau Renate Geuter fügt hinzu, dass es zu viele „Eltern-Steuern“ gibt, so dass viele Fahrzeuge in dem engen Bereich unterwegs sind. Wenn die Parkplätze Priorität haben, sollte diese Maßnahme umgesetzt werden.

Bürgermeister Sven Stratmann ergänzt, dass es in der Elternschaft „brodelt“. Auch ist die Kath. Kirche als Träger des Kindergartens gefordert. In der Verkehrskommission soll eine Lösung für die Problematik gefunden werden.

Der Schulausschuss empfiehlt einstimmig folgende Beschlussfassung:

Die Verwaltung wird beauftragt an der Grundschule am Markatal zusätzliche Parkplätze am westlichen Gebäudeteil zu schaffen. Diese Maßnahme wird ca. 14.000,00 € -18.000,00 € kosten. Mittel in Höhe von 18.000,00 € werden im Haushalt 2018 bereitgestellt. Darüber hinaus wird eine Bezuschussung durch die Kreisschulbaukasse beantragt. Es wird eine Zuwendung in Höhe von 4.700,00 € eingeplant.

TOP 12 Sanierungsmaßnahmen an der Realschule Friesoythe, Gebäude II
Vorlage: BV/251/2017

Bereichsleiter Berthold Meyer berichtet, dass in den vergangenen Jahren kontinuierlich Geld in das Gebäude der Realschule aus dem Jahre 1971 investiert wurde. Die Sanierung wurde in verschiedene Bauabschnitte aufgeteilt. Für 2018 sind Maßnahmen im Gebäude II (Klassenräume) vorgesehen. Außerdem soll der Eingangsbereich altersbedingt erneuert werden, erklärt Meyer.

Herr Tobias Bögershausen erkundigt sich, ob diese Maßnahmen für eine zukünftige Umnutzung hinderlich sind, z.B. auch die Mittel für die Lehrküche.

Die Erste Stadträtin antwortet, dass die Lehrküche in der Realschule stark sanierungsbedürftig ist und in Abstimmung mit den weiteren Maßnahmen instandgesetzt wird.

Folgender Beschlussvorschlag wird einstimmig an den Verwaltungsausschuss gegeben:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Erneuerung von Bodenbelägen in der Realschule, Gebäude II im 2. Bauabschnitt auszuschreiben und in den Sommerferien 2018 durchzuführen. Dafür werden im Haushalt 2018 47.000,00 € eingeplant.

Darüber hinaus wird der Eingangsbereich im Gebäude II altersbedingt erneuert. Im Haushalt 2018 werden dafür 34.000,00 € bereitgestellt.

Die Lehrküche im Gebäude II der Realschule ist altersbedingt zu erneuern. Für die Herrichtung der Räumlichkeiten werden 13.000,00 € im Haushalt 2018 bereitgestellt. Für die neue Küche werden 52.000,00 € zur Verfügung gestellt.

TOP 13 Sanierungsmaßnahmen an der Realschule, Gebäude I
Vorlage: BV/252/2017

Bereichsleiter Berthold Meyer erörtert, dass mit den Sanierungsmaßnahmen an der Realschule bereits begonnen wurde und eine Fortsetzung sinnvoll ist.

An den Verwaltungsausschuss wird einstimmig nachstehender Beschlussvorschlag herangezogen:

Die Verwaltung wird beauftragt das Flachdach im Technik- und Klassentrakt zu sanieren und die Beton-Außenfassade zu streichen. Mittel in Höhe von 140.000,00 € werden im Haushalt 2018 bereitgestellt.

**TOP 14 Sanierungsmaßnahmen an der Heinrich-von-Oytha-Schule Altenoythe
Vorlage: BV/253/2017**

Bereichsleiter Berthold Meyer erläutert, dass die Arbeiten am Flachdach der Heinrich-von-Oytha-Schule in einem 3. Bauabschnitt fortgesetzt werden sollten. In dem Gebäude aus den 1970-er Jahren sollten ebenfalls im ersten Bauabschnitt die Toilettenanlagen saniert werden. Dafür sind insgesamt 125.000,00 € im Haushalt 2018 vorgesehen.

Der Schulausschuss empfiehlt einstimmig dem Verwaltungsausschuss Folgendes:

Die Verwaltung wird beauftragt im 3. Bauabschnitt das Flachdach der Heinrich-von-Oytha-Schule zu sanieren. Dafür werden 105.000,00 € im Haushalt 2018 bereitgestellt. Die Maßnahme wird gemeinsam mit der Flachdachsanieierung der Gerbert-Schule ausgeschrieben und durchgeführt. Für die Sanierung der Toilettenanlagen werden im ersten Bauabschnitt im Haushalt 2018 20.000,00 € zur Verfügung gestellt.

**TOP 15 Verschiedene investive Maßnahmen im Bereich Schulen
Vorlage: BV/255/2017**

Bereichsleiter Berthold Meyer fasst die investiven Maßnahmen zusammen. Für den geplanten Ausbau des Koppelweges sind von der Stadt als Grundstückseigentümer (Ludgeri-Schule) Erschließungsbeiträge zu zahlen. In der Grundschule Gehlenberg soll eine Schrankwand eingebaut werden. Herr Meyer erklärt weiter, dass die Schulen darum gebeten haben, dass investive Budget aufzulösen und die Mittel in den Ergebnishaushalt einzustellen.

Ratsherr Matthias Wallschlag erkundigt sich nach den für 2017 beschlossenen Maßnahmen wie die Herrichtung des Schulhofes und die Einrichtung eines Chemieraumes an der Heinrich-von-Oytha-Schule. Herr Meyer antwortet, dass Maßnahmen begonnen und teilweise schon abgeschlossen sind.

Dem Verwaltungsausschuss wird einstimmig folgender Beschlussvorschlag unterbreitet:

Das Grundstück der Ludgeri-Schule befindet sich am Koppelweg, der in 2018 ausgebaut werden soll. Für diese Maßnahme werden insgesamt 110.000,00 € im investiven Haushalt aufgenommen.

Im Medienraum der Grundschule Gehlenberg wird eine Schrankwand eingebaut. Hierfür werden 2.000,00 € im investiven Haushalt 2018 bereitgestellt.

Die bisher im Finanzhaushalt für die Grundschulen bereitgestellten Mittel werden ab 2018 im Ergebnishaushalt aufgenommen. Das investive Budget der Heinrich-von-Oytha-Schule wird teilweise umgeschichtet.

Für die Herrichtung des Verwaltungstraktes bei der Marienschule werden Haushaltsreste aus 2017 genutzt. Für die Anschaffung einer Küchenseite im Lehrerzimmer werden 3.000,00 € zusätzlich in 2018 bereitgestellt.

Der zweite Chemieraum an der Heinrich-von-Oytha-Schule wird saniert. Für die Ausstattung des Raumes werden investiv 37.400,00 € bereitgestellt.

TOP 16 Umzug der Ludgeri-Schule in das Gebäude der Realschule - Bereitstellung von Haushaltsmitteln
Vorlage: BV/258/2017

Die Erste Stadträtin Heidrun Hamjediers erklärt, dass der Umzug der Ludgeri-Schule bereits lange diskutiert wurde. Der Arbeitskreis hat beschlossen, erst mit detaillierten Planungen in die politische Beratung zu gehen. Um im nächsten Jahr handlungsfähig zu sein, schlägt die Verwaltung vor, 2018 Mittel in Höhe von 1,5 Mio. € in den Haushalt einzustellen. Eine Gegenfinanzierung erfolgt über die Kreisschulbaukasse. Das Gesamtinvestitionsvolumen in Höhe von 4,5 Mio. € wurde auf Grundlage der Flächen geschätzt. 1,5 Mio. € scheinen für Frau Hamjediers zunächst als geringer Teil, doch werden Zahlungen häufig erst später fällig. Sie schlägt vor, mit Verpflichtungsermächtigungen zu arbeiten, um rechtzeitig Aufträge erteilen zu können.

Ratsfrau Renate Geuter unterstützt die Aussagen der Ersten Stadträtin und hofft auf die Akzeptanz aller, da alle Beteiligten im Arbeitskreis mitgearbeitet haben.

Ratsherr Karl-Heinz Krone fragt an, was mit den SchülerInnen der Berufsbildenden Schule (BBS) passiert, wenn der Umzug bereits im nächsten Jahr starten soll. Die Vereinbarung war auch mit dem Kindergarten am Scheefenkamp verknüpft.

Die Erste Stadträtin erklärt, dass die erste Fassung der Vereinbarung revidiert wurde. Begonnen soll außerdem erstmal dort, wo keine BBS Schüler untergebracht sind. Es sind dennoch Gespräche mit dem Landkreis erforderlich.

Bürgermeister Sven Stratmann erkennt die Parallelherausforderung zwischen Stadt und Landkreis. Ein ständiger Austausch zwischen den beiden Kommunen ist unerlässlich.

Ratsherr Matthias Wallschlag bedankt sich bei der Verwaltung für die gute Vorbereitung und die konstruktive Zusammenarbeit im Arbeitskreis. Auf Grundlage der getroffenen Entscheidungen können nun zügig weitere Planungen erfolgen.

Herr Helmut Strey bittet bei dieser großen Umbaumaßnahme um Beteiligung des Beirates für Menschen mit Beeinträchtigungen, was der Bürgermeister zusagt.

Der Schulausschuss gibt nachstehenden Beschlussvorschlag an den Verwaltungsausschuss ab:

Der Rat wird gebeten, die für die Maßnahme „Umzug der Ludgeri-Schule in das Gebäude der Realschule“ Haushaltsmittel von bis zu 4,5 Mio. € in die Haushalts- und Finanzplanung ab 2018 aufzunehmen.

Für das Jahr 2018 wird um die Aufnahme eines investiven Ansatzes über 1,5 Mio. € gebeten.

TOP 17 Haushalt 2018 für den Bereich Schulen
Vorlage: BV/237/2017

Bereichsleiter Karsten Vahl erläutert die Eckdaten für den Bereich Schulen, die im Haushaltsentwurf 2018 aufgenommen wurden. Angemeldet sind Erträge in Höhe von 560.000,00 €, die sich überwiegend aus Zuweisungen für laufende Zwecke zusammensetzen. Dem gegenüber stehen Aufwendungen in Höhe von 2,1 Mio. € ohne Personalkosten und Abschreibungen. Diese sind größtenteils für laufende Unterhaltung, Sanierungsmaßnahmen und Betriebskosten veranschlagt. Damit entsteht eine Finanzierungslücke in Höhe von 1,55 Mio. €. Im Investitionsprogramm für die Schulen gibt es eine Finanzierungslücke von 1,2 Mio. €.

Auf die Frage des Rats Herrn Matthias Wallschlag nach den investiven Mitteln für die inklusive Schule erklärt Herr Vahl, dass Zuweisungen für laufende Zwecke im Ergebnishaushalt veranschlagt sind. Im Rahmen der Gesamtdeckung wurde auch ein investiver Ansatz angemeldet, um handlungsfähig zu sein.

Bereichsleiterin Marina Meemken erklärt nach Rückfrage von Rats Herr Andreas Taming die Höhe der Zuwendungen des Landkreises und des Landes.

Die Beschlussvorlage wird ohne Beschlussvorschlag in den Verwaltungsausschuss gegeben.

TOP 18 Anfragen und Hinweise der Einwohner

keine

TOP 19 Anträge und Anfragen aus der Mitte des Rates

Rats Herr Matthias Wallschlag erkundigt sich nach dem Sportplatz an der Realschule. Hier hat es häufiger Probleme mit Verschmutzungen etc. gegeben. Er fragt nach, ob diesbezüglich Maßnahmen getroffen wurden, um die Schwierigkeiten in den Griff zu bekommen.

Bürgermeister Sven Stratmann antwortet, dass er im ständigen Austausch mit der Polizei ist und diese vermehrt Streife fährt. Außerdem soll die Thematik erneut in der Verkehrskommission angesprochen werden.

Wilhelm Bohnstengel
Ausschussvorsitzender

Heidrun Hamjedi
Erste Stadträtin

Marina Meemken
Protokollantin